

Zeitschrift: Neue Schweizer Rundschau
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: - (1926)
Heft: 10

Artikel: Das indische Experiment
Autor: Silberschmidt, Max
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-760054>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das indische Experiment

Von Max Silberschmidt

Sir Valentine Chirol hat uns in der Sammlung *The Modern World* einen prächtigen Band über Indien geschenkt¹⁾), der einen wohl abgewogenen Ein- und Überblick über die Geschicke Indiens in der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart bietet. Chirol schreibt nicht als unparteiischer Historiker, sondern als Brite, mit dem Verantwortungsgefühl des Staatsmannes und der Überzeugungskraft des Politikers. Sein Buch ist kein Geschichtskompendium, sondern ein Bekenntnis, voll von persönlichen Urteilen, aber trotzdem leuchtet überall die Mäßigung des im Kampfe politischer Kontroversen auf seiner eigenen, erprobten Erkenntnis fußenden Sachverständigen durch.

Wie wenige von uns haben eine Vorstellung, was für ein gewaltiges politisches Schicksal sich heutigentags in Indien und um Indien abspielt! Wir haben gelauscht, wenn unsere Lehrer und Philosophen uns die Lehren Buddhas dargelegt haben, wir haben gierig die Literatur aus dem Kreise Gandhis eingesogen, weil wir darin ein neues Evangelium verkündet oder ein altes Evangelium neue Gestalt annehmen zu sehen glaubten, wir haben Kraftworte gebraucht, von gewalttätiger Unterdrückung und von schamlosem Imperialismus gemurmelt. Aber haben wir die Annalen der indischen Geschichte auch nachgelesen, haben wir die Aufzeichnungen englischer Beamten auch vorgenommen, die aus der Erfahrung jahrzehntelangen Zusammenlebens mit Indern die Früchte ihrer politischen Einsicht in unzähligen Werken verschiedenster Art niedergelegt haben?

Der Begriff « Indien, » wenn er nicht rein geographisch verstanden wird, bedeutet einen Knäuel gewaltiger Probleme. Nur Fanatiker können einen glauben machen, dieser Knoten ließe sich durchhauen, wenn nur « die Engländer gingen ». Es wäre damit nur soviel gewonnen, dass Indien wieder da anlangen würde, wo es vor zwei Jahrhunderten gestanden hat, d. h. dass ihm eine einheitliche Zentrale der Regierung und Verwaltung verloren ginge, wodurch der wirksamste Dämpfer des niemals endenden innern Parteihaders der Hindus und Mohammedaner abhanden käme, und

¹⁾ *India* by Sir Valentine Chirol, London, Ernest Benn, 1926.

Indien in außenpolitischer Hinsicht den Mächten der Welt fast wehrlos ausgeliefert wäre ohne den Schutz des gewaltigsten Reiches der Welt.

Nun wissen wir ja auch, dass Indien bisher nicht ein zum Nutzen und Vorteil der Inder regiertes und verwaltetes Gebiet gewesen ist, sondern in der ersten Zeit der angelsächsischen Herrschaft (unter der ostindischen Kompagnie) ein kommerzielles Ausbeutungsobjekt einer privaten Handelsgesellschaft war, welche große Teile des indischen Kontinentes in eigene Verwaltung genommen hatte. Seitdem die Kontrolle des britischen Parlamentes eingesetzt hat (Ende 18. Jahrhundert) bis zur vollständigen Übernahme der indischen Besitzungen in die Hände der britischen Regierung (1858) und bis in unsere Zeit, hat eine mehr von militärisch-strategischen und imperialistischen Gesichtspunkten geleitete Politik Indien kaum die Möglichkeit gegeben, von den zweifellosen Vorzügen britischer Herrschaft irgendwelchen Nutzen für sich selbst zu ziehen.

* * *

Ein neues Kapitel der Geschichte Indiens hat mit dem Ende des Weltkrieges begonnen. Die Opfer, die Indien während des Krieges für die «gemeinsame» Sache gebracht hatte, waren so gewaltig, dass mit den schon früher gemachten (und in der Morley-Minto-Reform des Jahres 1909 in bescheidenstem Umfange realisierten) Versprechen einer Heranziehung des indischen Volkes zur Regierung nun wahrhaft ernst gemacht werden musste. Die Unterschrift eines Vertreters Indiens unter den Versailler Vertrag und die Aufnahme Indiens als selbständiges Mitglied in den Völkerbund war eine bloße Geste an die Welt nach außen, deren Bedeutung *die* war, dass Indien als eine Nation zu betrachten sei. Am 9. Februar 1921 eröffnete der Herzog von Connaught als Vertreter des Königs von England das neue indische Parlament, das erste wahrhaft indische Parlament, und verkündete das Inkrafttreten einer neuen Verfassung, die das britische Parlament (der eigentliche Souverän Indiens) dieser seiner Tochter gewährte.

Diese Verfassung wurde damals von einem Großteil Inder, die Gandhis Schlachtruf der «Non-cooperation» (der Verweigerung der Mitarbeit) aufgerüttelt hatte, abgelehnt. Aber trotzdem konnte die neue Verfassung in Kraft treten, ja, bei der Erneuerung der Legislatur vor zwei Jahren erschienen nun die, die 1921 die Beteiligung abgelehnt hatten, selbst als Wähler und bilden in dem jetzigen Parlament die Hauptpartei, «Swaraj» genannt, die Partei der «Home rulers», wie wir sie nennen könnten, in Anlehnung an das Beispiel Irlands (Autonomisten). Ihr Ziel ist zwar,

nachdem Gandhis Non-cooperationbewegung Schiffbruch erlitten hat, durch Mitarbeit (Cooperation) zu dem gleichen Ziele zu gelangen, das Gandhi vorschwebte – zum Boykott. Vom passiven ist man zum aktiven Boykott übergegangen. Gandhi ist dadurch der rein politischen Seite des Kampfes noch mehr entrückt worden und der religiös-ethische Charakter seiner Mission wird so noch unterstrichen; die Bedeutung seiner Persönlichkeit tritt dadurch nur reiner hervor.

Die durch die neue Verfassung bewirkte Umwälzung des indischen Staatslebens wird durch den Boykott Swaraijs zwar verdunkelt, für den Außenstehenden oft überhaupt dem Blicke entzogen, aber sie ist trotzdem vorhanden, und Indien nimmt gewollt oder ungewollt ein anderes Antlitz an.

England hat mit dem Geschenk der neuen Verfassung eines der gewaltigsten politischen Experimente veranlasst, die die Menschheitsgeschichte kennt. Es ist gleichsam der Versuch, einem bisher politisch passiven Körper den Geist aktiven nationalen Lebens einzuhauen. Es ist dafür gesorgt, dass der Riesenkörper sich nicht zu rasch vom Boden erhebe, aber ein Zurück kann es ebensowenig geben.

In die bisher rein englische Verwaltungsmaschine sind gewisse Stücke eingesetzt worden, die indischen Ursprungs sind. Die Wirbelsäule der Verwaltung bleibt englisch, aber einige kleinere Knochen sind jetzt indisch geworden. Die Gouverneure der *Provinzen* haben an ihrer Seite ein zweigegliedertes Ministerium, das aus einem englischen und einem indischen Flügel besteht. Die verschiedenen Verwaltungszweige sind so verteilt, dass die sogenannten «nation building departments» wie Landwirtschaft, Industrie, Erziehung, Hygiene, Zollverwaltung, öffentliche Bauten usw. den Indern vorbehalten sind, während beispielsweise Justiz- und Polizeiverwaltung englischen Ministern überlassen bleiben. Was die *Zentralregierung* Indiens betrifft, d. h. die Regierungsbehörde für ganz Indien, die dem Vizekönig zur Seite steht, so sind auch hier Inder in größerer Zahl herangezogen worden. Aber die Minister sind dem indischen Parlament nicht verantwortlich. Hier ist also das parlamentarische System in seiner letzten Konsequenz, der Ministerverantwortlichkeit, noch nicht durchgeführt worden, und wenn auch das indische Parlament als ein Ausdruck des indischen Volkslebens angesehen werden könnte, so bleibt eben doch die Tatsache bestehen, dass es eine direkte Kontrolle der Regierungstätigkeit nicht ausüben kann. Indien bleibt also, wie bisher, das Ressort des Staatssekretärs für Indien, d. h. es wird von einem Mitglied des englischen Kabinetts von London aus regiert.

Es ist begreiflich, dass die Inder die zehnjährige Versuchsperiode nicht abgewartet haben, die bis zur eventuellen Fortsetzung der Indianisierung zu verstreichen hat, bis sie selbst neue Vorschläge für eine Verfassungsänderung unterbreitet haben. Unter diesen sind die als « Commonwealth of India-Bill » bekannten Vorschläge einiger hervorragender Inder von besonderer Bedeutung. Diese Bill ist sozusagen die logische Weiterführung der bisherigen Verfassung. Sie bezeichnet als nächsten zu verwirklichenden Schritt die vollkommene Indianisierung der Provinzialregierungen, die heute nur zur Hälfte indisch sind, und die Einführung des Systems, wie es heute in den Provinzen besteht, bei der Zentralregierung: nämlich die Zweigliederung (Dyarchie) der Verwaltung in solche Departemente, die Indern anvertraut werden, und solche, die den Engländern reserviert bleiben sollen. Jedoch frägt es sich, wie dann eine direkte Regierungs-kontrolle der Zentrale über die Provinzialverwaltung noch möglich sein soll, wenn diese dem Provinzialparlament allein verantwortlich geworden ist, während heute die englischen Minister der Provinzialregierung, im Gegensatz zu ihren indischen Kollegen, dem Provinzialparlament nicht verantwortlich sind, sondern durch den Vizekönig dem Staatssekretär für Indien und dem britischen Parlament verantwortlich bleiben.

Das Schicksal Indiens liegt aber in der Verfassungsfrage allein nicht beschlossen. Wäre diese auch zur Befriedigung der Inder gelöst, würde Indien der volle Dominion-Status gewährt wie Südrland nach dem Vertrag von 1921, so bliebe noch die Frage übrig, was mit jenen Gebieten geschehen soll, die nicht unter britischer Verwaltung stehen, den Ein-geborenen-Staaten (Native States). Diese Staaten stehen zur britischen Krone gewissermaßen im Verhältnis von Vasall zu Lehensherr, und dieser, der Kaiser von Indien, hat ihnen bis zum Erlöschen ihres Stammes die Anerkennung ihrer Herrschaftsansprüche garantiert. Die Schaffung eines Prinzenparlamentes (« Chamber of Princes ») war ja wohl zu dem Zwecke erdacht, die einheimischen Fürsten mit einer ihnen angemessenen Funktion in dem System des indischen Staates zu betrauen, aber bisher haben sie selbst davon nicht stark Gebrauch gemacht.

* * *

Von der größten Bedeutung für das heutige Indien sind nun aber noch mehr wie die politischen, die wirtschaftlichen Probleme geworden.

Indien steht in den Anfängen der Industrialisierung. Seine Wirtschaft war der britischen Konkurrenz solange vollkommen ausgeliefert, als es keine selbständige Handelspolitik treiben konnte, d. h. solange England

seine Produkte frei in Indien einführen konnte und die indischen Waren durch Zollschränken von seinem Lande aussperrte.

Mit diesem System hat man nun zwar gebrochen. Indien hat seit dem Kriege zum Schutze seiner Stahlindustrie Schutzzölle eingeführt. Der Umschwung in der Finanzpolitik Indiens zeigt sich am deutlichsten daran, dass heute die Haupteinnahmequelle der Regierung die Zölle sind und nicht mehr wie bisher die Steuern vom Grundbesitz (land revenue). Überhaupt ist man heute dazu vorgedrungen, Indien finanzielle Autonomie zuzuerkennen.

Aber trotzdem leidet Indien noch unter einem außerordentlichen Handicap. Die Bevorzugung Lancashires bezüglich der Baumwolle ist bis zum heutigen Tage aufrecht erhalten geblieben, und trotz des Prinzips des finanziellen Selbstbestimmungsrechtes sehen wir, dass die Hälfte der Ausgaben des indischen Budgets militärischen Aufwendungen dienen. Das wirkt wie eine Bekräftigung des imperialistischen Willens Englands. Denn die indische Armee ist nur dem Namen nach indisch; sie ist ein Werkzeug – und wahrhaftig ein feines, wie der Weltkrieg gezeigt hat – in den Händen eines englischen Offizierskorps, und dient eher britischen als indisch-nationalen Zwecken.

Indien verlangt, dass nun Ernst gemacht werde mit der Scheidung zwischen britisch und indisch, und dass nicht der indische Kredit in Anspruch genommen werde für Ausgaben, die nur dem Reiche dienen. Es ist vielleicht ein Anfang in dieser Richtung, wenn das Gehalt des Staatssekretärs für Indien, das bisher zu Lasten des indischen Staatsschatzes fiel, jetzt auf das britische Budget gesetzt worden ist. Denn Indien muss sich rüsten auf den wirtschaftlichen Kampf, in den es hineingerissen wird.

Als das schwerwiegendste Problem der Zukunft wird allgemein die Hebung der Landwirtschaft angesehen. Von den über 300 Millionen Indern wohnt nur ein kleiner Prozentsatz in Städten, der Rest wohnt in primitivsten Hütten auf dem Lande und lebt von den Erzeugnissen des Bodens. Bei der vollkommenen Unbildung der Bauern sind diese der Gunst oder Ungunst des Klimas vollkommen preisgegeben; ein zu spät oder nicht eintretender Monsun kann den Tod von Millionen Menschen bedeuten, und angesichts der gewaltigen Zunahme der Bevölkerung (man schätzt sie innerhalb der letzten fünfzig Jahre von 200 auf 300 Millionen!) steigt die Gefahr des Hungertodes ins Ungemessene, wenn es nicht gelingen sollte, der Landbevölkerung rationellere Methoden der Bebauung und die elementarsten Grundlagen der Bildung zu vermitteln. Zugleich hofft England, sich auf dem Lande auch politisch eine Stütze seiner Macht

zu schaffen, die als ein konservatives Gegengewicht gegen die radikalierten Städte wirken könnte. —

Jedoch die eigentliche Schicksalsfrage für England und Indien liegt nicht in diesen Problemen beschlossen, die schließlich technischer Natur sind.

Das eine große tragische Geschick, das die Geschichte der Briten in Indien verdüstert, eben in dem Moment, da England einen Verselbständigungsprozess in Indien einleitet, ist das Dazwischenreten des Rassenhasses, eines vollkommen irrationalen Momentes, welches das Verfassungswerk, rein auf Vernunft, Willen, Takt und Geschicklichkeit aufgebaut, von innen unterhöhlt.

England hat ungern aber doch freiwillig allen seinen Tochterstaaten jenseits der Meere « Home rule » gewährt, aber alle diese Länder waren von Engländern oder Europäern bewohnt. Seinem Genius getreu hat der Angelsachse versucht, das wesensfremde Indien für die gleiche Gabe vorzubereiten, die es ihm in kleinen Dosen verabreichen will. Wir befinden uns jetzt im Stadium der Dyarchie. Wird England den Mut finden, das Experiment weiterzuführen? Kann England Freiheit geben und zugleich hoffen, Indien werde sich nicht gegen seinen früheren Herrn kehren?

Es ist eine Frage des Vertrauens.

Für die Welt ist es nicht ganz gleichgültig, ob das indische Experiment glücklich zu Ende geführt wird oder nicht. Denn es steht nichts weniger auf dem Spiele als die Frage, ob die Weltpolitik durch einen Rassengegensatz der Weißen und Farbigen bestimmt werden soll, oder ob Indien als der Eckstein des britischen Reiches die Verwirklichung einer asiatisch-europäischen Lebensgemeinschaft symbolisieren wird.